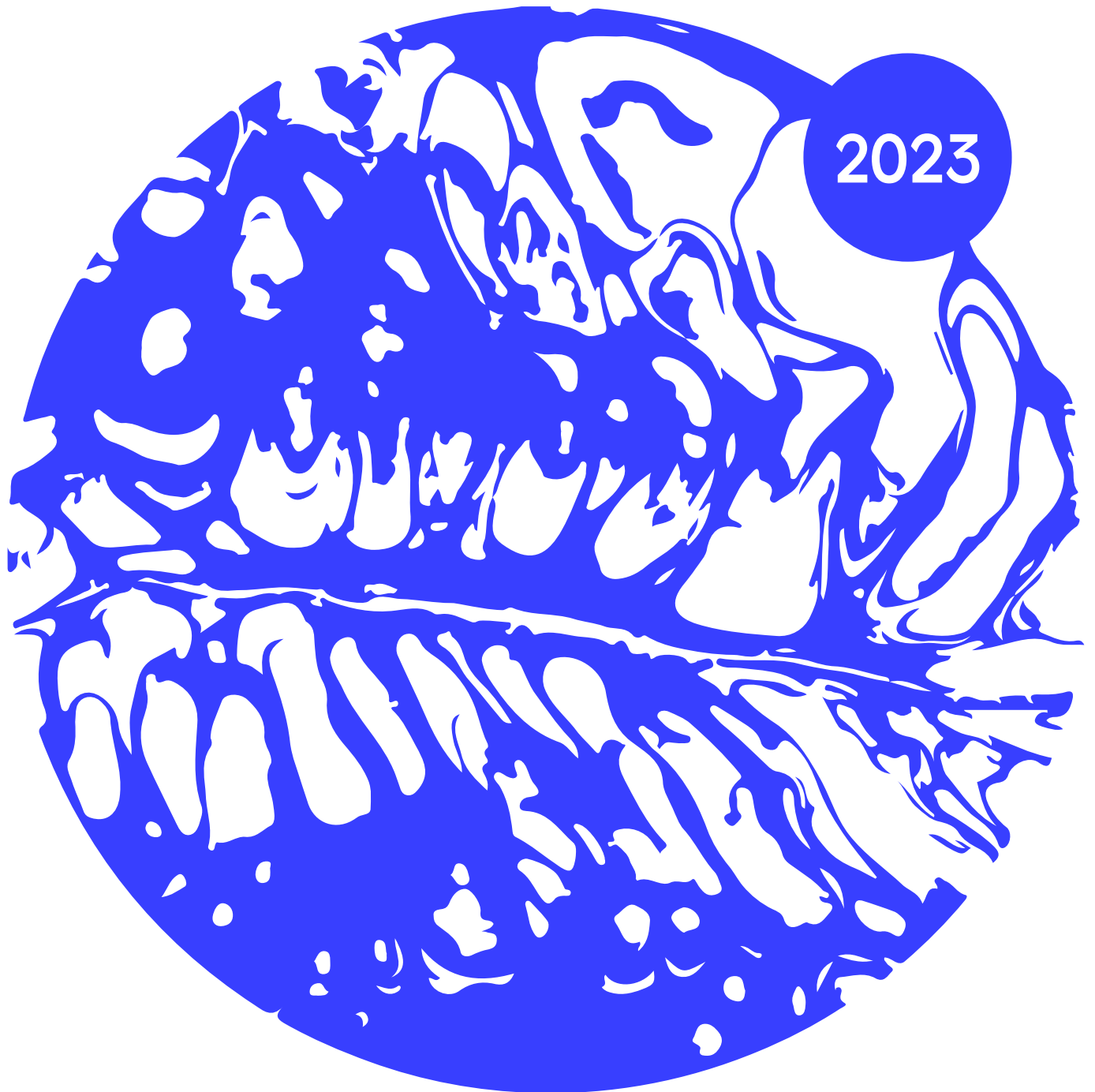
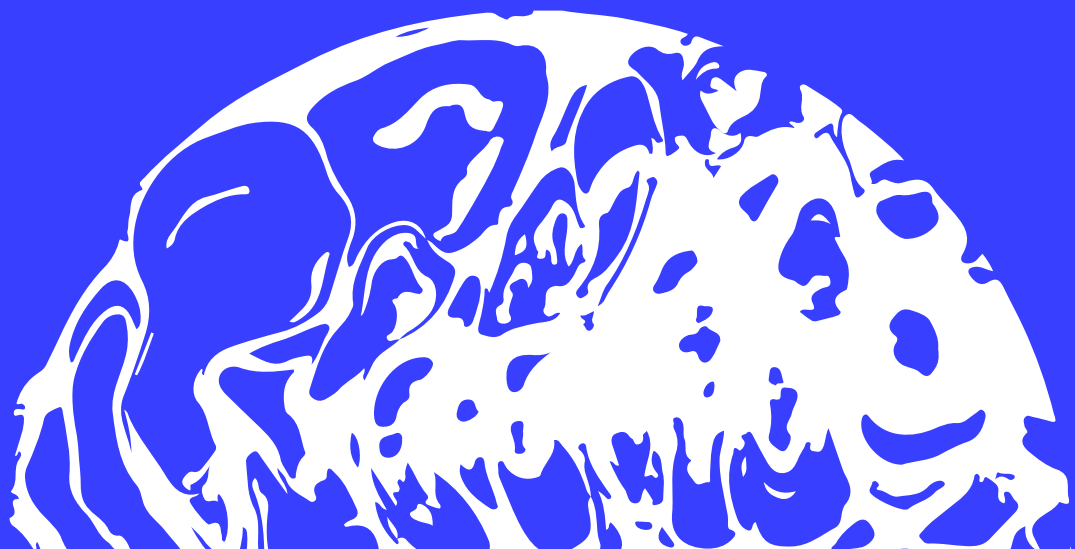


Klimagerechtigkeit

Position der Klima-Allianz Schweiz



2023



Inhalt

Klimagerechtigkeit – Position der Klima-Allianz Schweiz	4
Die Forderungen der Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit	5
Helvetas	6
Fastenaktion	8
Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt (AKU)	10
Public Eye	12
Gesellschaft für bedrohte Völker	14
Grüner Fisch	16
Oeku Kirchen für die Umwelt	18
StopArmut	20
Heks	22
Swissaid	24
Die Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit der Klima-Allianz	26

Klimagerechtigkeit – Position der Klima-Allianz Schweiz

Die Klimaerwärmung schafft Ungerechtigkeit: Von den Auswirkungen der Klimaerwärmung sind vorrangig Menschen betroffen, welche wenig zur Problematik beigetragen haben und nicht über die finanziellen Mittel für nötige Schutzmassnahmen und Anpassungskosten verfügen. Das ist ungerecht. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass nach dem Verursacherprinzip Länder, Unternehmen und Menschen, die die Hauptverursacher der Erderwärmung sind, auch die Verantwortung übernehmen. Sie sollen global für die Folgen und Schäden der Klimaerwärmung aufkommen und in der Reduktion von Treibhausgasemissionen vorangehen. Sie müssen und sie können handeln.

Der Ausstoss von Treibhausgasen soll unter Berücksichtigung der historischen Emissionen weltweit fair aufgeteilt werden. Gleichzeitig gilt es, die Auswirkungen der Klimaerwärmung gerecht anzugehen: notwendige Anpassungsmassnahmen und Entschädigungen für bereits eingetretene Schäden und Verluste müssen von denjenigen getragen werden, welche die Hauptverursacher der Klimaerwärmung sind. Was wir heute bereits tun, ist nicht ausreichend. Der Weltklimarat IPCC warnt eindringlich, dass Wetterextreme weiter zunehmen werden, wenn nicht endlich entschlossen gehandelt wird. Bereits heute sind laut IPCC rund 3,5 Milliarden Menschen der Situation praktisch schutzlos ausgeliefert.

Grosse multinationale Unternehmen tragen zu hohen Treibhausgasen bei: 103 Konzerne der fossilen Industrie und der Zementindustrie haben gemäss Climate Accountability Institute seit 1965 knapp 70 % (1221 Gigatonnen CO₂-Äquivalente) aller weltweiten Emissionen ausgestossen. Auch Schweizer Konzerne tragen über ihre Geschäftstätigkeiten im Ausland massgeblich zu Emissionen und damit zur Klimaerhitzung bei. Der Schweiz kommt als internationalem Standort für multinationale Konzerne, als international wichtiger Rohstoffhandelsplattform und als global relevanter Finanzplatz eine entscheidende Rolle zu. Der Schweizer Finanzplatz beeinflusst über Investitionen und Staatsanleihen gemäss einer Studie der Firma McKinsey das 40-fache der inländischen Emissionen.

Klimagerechtigkeit umfasst auch Generationengerechtigkeit und eine Verantwortung für die Umwelt: Statt nachfolgenden Generationen mindestens gleich gute Umweltbedingungen zu hinterlassen, führt der heutige CO₂-intensive Lebensstil dazu, dass zukünftige Generationen die nur schwer kalkulierbaren Folgen des Klimawandels bewältigen müssen und nicht mehr auf eine intakte Umwelt zurückgreifen können.

Die Forderungen der Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit der Klima-Allianz Schweiz

Die Schweiz ist ein Land, das historisch viele Treibhausgase verursacht hat und weiterhin einen hohen konsumbasierten Treibhausgas-Ausstoss verzeichnet. Um mehr zu globaler Klimagerechtigkeit beizutragen, ist die Schweiz angehalten, ihre Klimaziele deutlich zu erhöhen und über die Reduktion von Treibhausgasen hinaus substantielle Unterstützung zu leisten, damit Menschen, welche die Auswirkungen des Klimawandels besonders stark spüren, ohne zum Problem beigetragen zu haben, ein Leben in Würde führen können.

Wir verlangen von der Schweiz:

- Die inländischen Klimaambitionen müssen erhöht werden: Ein Netto-Null Ziel muss bis 2040 (Zwischenziel: – 60 % gegenüber 1990 bis 2030 im Inland) erreicht werden.

Um zu Klimagerechtigkeit beizutragen braucht es aber mehr!

- Im Ausland soll die Schweiz zu CO₂-Minderungen beitragen, ohne dies dem eigenen Inlandziel anzurechnen.
- Die Schweiz sollte dringend neue und zusätzliche öffentliche Mittel für die Klimafinanzierung bereitstellen und ihren fairen Anteil an den globalen Beitrag leisten.
- Auch für bereits eingetretene Schäden und Verluste soll die Schweiz finanzielle Mittel zur Verfügung stellen; zudem soll sie sich an den internationalen Klimaverhandlungen für eine ambitionierte Agenda einsetzen.
- Der Finanzplatz hat eine grosse Verantwortung und muss zu den Paris-Zielen beitragen.
- Rohstoffhandel: Wir fordern den Bundesrat und das Parlament auf, Verantwortung in der Klimakrise zu zeigen und jetzt den Ausstieg aus dem klimaschädlichen Handel mit Kohle bis 2030 zu beschliessen.

Im Einsatz für Klimagerechtigkeit

Helvetas engagiert sich für eine gerechte Welt, in der alle Menschen selbstbestimmt in Würde und Sicherheit leben, die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen und der Umwelt Sorge tragen. Die unabhängige Schweizer Organisation für Entwicklungszusammenarbeit leistet in rund 30 Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa Hilfe zur Selbsthilfe und ermöglicht so echte Veränderungen.

Gemeinsam mit Partnerorganisationen packt Helvetas die globalen Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen an: Erstens mit Projekten vor Ort, zweitens mit der Vermittlung von Fachwissen. Und drittens fördert Helvetas gute politische Rahmenbedingungen zugunsten der Ärmsten und Benachteiligten.

Helvetas verfolgt einen Multi-Stakeholder-Ansatz und bezieht deshalb die Zivilgesellschaft, den Staat und die Privatwirtschaft in ihr Engagement ein. Helvetas arbeitet in den Bereichen «Wasser, Ernährung und Klima», «Bildung, Arbeit und Einkommen», sowie «Mitsprache und sozialer Zusammenhalt».

Nach Katastrophen leistet Helvetas auch humanitäre Hilfe. Der Fokus der Arbeit von Helvetas liegt in ländlichen Gebieten. Zunehmend ist Helvetas aber auch im urbanen Kontext aktiv und richtet ihre Arbeit noch stärker auf die Förderung von Jugendlichen aus.

In der Schweiz fördert Helvetas das solidarische Bewusstsein und beteiligt sich am entwicklungspolitischen Dialog. «Unser Ziel ist eine gerechte Welt, in der alle Menschen selbstbestimmt in Würde und Sicherheit leben, die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen und zur Umwelt Sorge tragen.

Arbeitsfeld «Klimawandel und Katastrophenvorsorge»

Menschen, die in Armut leben, tragen am wenigsten zum Treibhauseffekt bei und doch leiden sie am meisten unter der Erderwärmung. Sie leben in überschwemmungsgefährdeten Gebieten, in tief gelegenen Küstenzonen und in Trockengebieten,

weil sie es sich nicht leisten können, in sicherere Gegenden zu ziehen. Überflutungen und Wirbelstürme zerstören ihre Häuser, Dürren gefährden ihre Ernten.

Zwar konnten in den letzten Jahrzehnten Hunderte Millionen von Menschen der Armut entkommen. Die Klimaveränderung bedroht jedoch diesen Fortschritt. Die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt auf Kosten der Umwelt. Mit existenziellen Folgen für Menschen in Entwicklungsländern, die auf intakte natürliche Ressourcen wie Wälder oder Fischgründe angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

In ihrer Projektarbeit unterstützt Helvetas gefährdete Gemeinschaften dabei, ihre Widerstandskraft zu verbessern. Traditionelles Wissen und moderne Forschung werden kombiniert, um den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren, sich den erwarteten Effekten des Klimawandels anzupassen und einen Umgang mit Katastrophenrisiken zu finden.

Im Bereich der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen unterstützen wir Gemeinschaften dabei, ihre Rechte an natürlichen Ressourcen wie Wäldern, Weiden oder Fischgründen zu sichern und diese nachhaltig zu bewirtschaften. Unser Ziel ist es, ihre Lebensgrundlage zu verbessern und gleichzeitig Ökosysteme und deren Biodiversität zu erhalten.

Helvetas verbindet lokale Themen – wie etwa Fragen zur Verwaltung natürlicher Ressourcen – mit Politikdialog auf nationaler Ebene und in internationalen Foren.

Politik und Dialog

Entwicklungsprozesse werden massgeblich durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf allen Ebenen geprägt. Es braucht Politikkohärenz: Ohne koordinierte Anstrengungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung in den verschiedensten Politikbereichen sind Veränderungen höchstens punktuell möglich.

Wenn sich Probleme und Krisen globalisieren, muss auch die Politik ihre Suche nach Antworten globalisieren. Dabei sind die Überwindung von Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit, die Erhaltung unseres Planeten und die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft wechselseitig voneinander abhängig. Daraus ergibt sich eine gemeinsame Verantwortung und es braucht eine auf völkerrechtlichen Vereinbarungen aufbauende Welt-Innenpolitik.

Gerade die Schweiz, die ihren Wohlstand zu einem wichtigen Teil ihren weltwirtschaftlichen Beziehungen verdankt, steht in der Verantwortung, bei der Durchsetzung der UNO-Agenda 2030 auch mit politischen Massnahmen voranzugehen.

Als Entwicklungsorganisation setzt sich Helvetas aktiv für gerechte internationale Rahmenbedingungen ein. In der Schweiz, in Entwicklungsländern und international engagiert sich Helvetas in Politikberatung und -dialog, sowie mit Lobby- und Kampagnenarbeit. Adressaten ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten sind Regierungen, die Privatwirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Weiterführende Links

Unser «Appell für globale Gerechtigkeit» + das dazugehörige Hintergrundpapier zum Appell für eine engagierte, nachhaltige und weltverträgliche Schweiz (vom 19. September 2022)

«Polit-Sichten»: Der monatliche entwicklungspolitische Newsletter zum Abonnieren – zu Nord-Süd-Fragen und nachhaltiger Politik, in der Schweiz und weltweit:
<https://www.helvetas.org/de/schweiz/was-sie-tun-koennen/dran-bleiben/polit-sichten-entwicklungspolitik>

Und die Helvetas Startseite, wo unsere Klima-Projekte vorgestellt werden:
<https://www.helvetas.org/de/schweiz>



Kontakt:

Patrik Berlinger
Verantwortlich für entwicklungspolitische Kommunikation bei Helvetas

patrik.berlinger@helvetas.org

Fastenaktion

Klimagerechtigkeit bedeutet Verantwortung wahrnehmen

Wir müssen jetzt handeln, um schlimmere Katastrophen zu verhindern! Weil die Menschen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, am stärksten davon betroffen sind.

Klimagerechtigkeit und Armut – das Recht auf Nahrung ist bereits heute beeinträchtigt

In Armut lebende Menschen zählen nicht zu den Hauptverursacher:innen der Klimaerwärmung. Kleinbäuer:innen, die agrarökologisch wirtschaften, haben einen vernachlässigbaren Klima-Fussabdruck. Global betrachtet verursachen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung rund 50 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Zunehmende Wetterextreme wie Dürren, Starkniederschläge und Taifune oder die Erhöhung des Meeresspiegels sind die Folge. Diese Extreme bedrohen Existenzen. Sie zerstören die Lebensgrundlagen von Menschen. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wird erschwert oder verunmöglicht.

Klimagerechtigkeit und die Schweiz – die Zeit ist abgelaufen

Das sogenannte CO₂-Restbudget bezeichnet eine Restmenge an CO₂, welche noch ausgestossen werden darf. Der Weltklimarat (IPCC) berechnet in Modellen, wie gross die Restmenge weltweit noch ist. Die Aufteilung dieser Restmenge auf die verschiedenen Länder ist eine moralische Frage, die Klimawissenschaft äussert sich dazu nicht. Fastenaktion hat deshalb mit Ethiker:innen eine Diskussion über eine klimagerechte Aufteilung des globalen Restbudgets initiiert. Das Resultat war deutlich: der klimagerechte Anteil der Schweiz am globalen CO₂-Restbudget war im März 2022 aufgebraucht.

Wenn sich die Schweiz weiterhin für mehr Klimagerechtigkeit im globalen Kontext einsetzen will, müssen die Ambitionen deutlich gesteigert werden – ein Netto-0 Ziel bis 2050 reicht dafür nicht aus. Die seit März 2022 bis zum Netto-Null Moment

(geplant im 2050) noch ausgestossene Menge an Treibhausgasen übersteigt unser klimagerechtes Restbudget – wir verschulden uns. Um diese Schulden abzubauen, bedeutet Klimagerechtigkeit, dass an anderen Stellen Leistungen ausgebaut werden müssen – dies ist unsere moralische Verpflichtung als Verursacher der globalen Klimaerwärmung.

Die Arbeit von Fastenaktion

Fastenaktion setzt sich in der Schweiz für ambitionierte Klimaziele ein. Im Co-Präsidium der Klima-Allianz Schweiz setzen wir uns für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Stimme in der schweizerischen Klimapolitik ein. Wir unterstützen die Gletscher-Initiative und fordern deren Annahme. Die Initiative fordert zu Recht den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. Wir fordern das Parlament auf, eine Revision des CO₂-Gesetzes zu verabschieden, welche den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen des Weltklimarates Rechnung trägt. Wir sensibilisieren die Öffentlichkeit zu den Auswirkungen des individuellen Konsumverhaltens auf Treibhausgasemissionen in unseren Kampagnen. Mit den Klimagesprächen bieten wir eine konkrete Möglichkeit, das Konsumverhalten zu reflektieren und anzupassen.

Auf internationaler Ebene bringt Fastenaktion die Stimmen der Partnerorganisationen in die Klimaverhandlungen der UNO ein. Gemeinsam mit ihnen engagieren wir uns für ambitionierte globale Klimaziele sowie eine sozial-gerechte erneuerbare Energieproduktion.

Das klimapolitische Engagement von Fastenaktion gründet in unserer Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen. Fastenaktion unterstützt Partner in 14 Ländern, sich an die unvermeidlichen Folgen der

Klimaerhitzung anzupassen. Methoden der agrar-ökologischen Landwirtschaft erhöhen die Resilienz gegenüber sich verändernden klimatischen Bedingungen und schaffen Zukunftsperspektiven. So kämpfen zum Beispiel Bäuer:innen in Haiti gegen immer stärker auftretende Hurricanes. Mit Lebendhecken werden die steilen Hänge stabilisiert, mit Kompost die Böden aufgewertet. Der Anbau von Gemüse verbessert die Ernährung. Ernten werden nicht mehr von Starkregen weggespült. Anpassungen an sich verändernde klimatische Bedingungen verbessern die Ernährung der Menschen. Projekte einer sozial-gerechten Produktion von erneuerbaren Energien zeigen in Kolumbien: eine gerechte Entwicklung und die Reduktion von Treibhausgasen gehen Hand in Hand. Die Bereitstellung erneuerbarer Energien kann sich positiv auf andere Lebensbereiche auswirken. Dazu braucht es lokal angepasste Lösungen, welche die lokalen Gemeinschaften in der Planung, Umsetzung und für den Betrieb miteinbezieht und ausbildet.

Es sind diese Partnerorganisationen, die mit Fastenaktion zusammen klimapolitisch aktiv sein wollen. Um die Klimaerhitzung zu stoppen, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Diese werden politisch festgelegt und müssen das Problem bei den Ursachen angehen. Deshalb engagiert sich Fastenaktion klimapolitisch – und fordert von den Verursachern der Klimaerhitzung – von Ländern wie der Schweiz – ambitioniertere Klimaziele zu verabschieden und darüber hinaus andere zu unterstützen.

Das Programm «Energie und Klimagerechtigkeit»

Die Nutzung fossiler Energieträger ist für mehr als 70 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine Energiewende hin zu fairen, nachhaltigen erneuerbaren Energien ist dringend notwendig, um den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten. Es ist wichtig, dass bei der Energiewende auch soziale Aspekte berücksichtigt werden. Klimagerechte erneuerbare Energie bedeutet sozial gerechte erneuerbare Energie. Die Energieerzeugung muss die Gemeinschaften und ihre Bedürfnisse einbeziehen, den Zugang zu ausreichender erneuerbarer Energie ermöglichen und gleichzeitig die begrenzten Ressourcen des Planeten Erde respektieren – also die planetarischen Grenzen.

<https://fastenaktion.ch/recht-auf-nahrung/klima-und-energie/>

<https://energy-justice.org/>



Kontakt:

Stefan Salzmann
Programmverantwortlicher
Fastenaktion

salzmann@fastenaktion.ch
041 227 59 53



An der Klimakonferenz 2021 in Glasgow lobbyieren Partnerorganisationen von Fastenaktion für sozial-gerechte erneuerbare Energieproduktion.

Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie & Umwelt

Die ganze Menschheit ist von einem Klimanotstand betroffen

Die globale Erwärmung ist aufgrund ihres Ursprungs und ihrer Folgen eine grosse Ungerechtigkeit in räumlicher und zeitlicher Hinsicht. Die in der Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt (AKU) der Schweizerischen Evangelischen Allianz SEA lose zusammengeschlossenen Organisationen und Einzelpersonen sowie weitere christliche Akteure aus Kirche, Politik und Wissenschaft setzen sich deshalb für ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen für Klimagerechtigkeit ein. In einem gemeinsamen «Handlungsaufruf aus christlicher Sicht» zum gegenwärtigen Klimanotstand erklären sie:

1. Sie erkennen den weitreichenden Konsens in der Wissenschaft über die Ursachen und möglichen Folgen der globalen Erwärmung an, insbesondere die folgenden Fakten:

- Die gegenwärtige globale Erwärmung ist nicht nur eine Realität, sie ereignet sich auch viel schneller als die natürlichen klimatischen Schwankungen, die in der jüngeren Geschichte beobachtet oder in der Geologie unseres Planeten bewahrt wurden.
- Der Gehalt von CO₂ in der Atmosphäre war über einen sehr langen Zeitraum von mehreren 100'000 Jahren zwischen 220 und 300 ppm («parts per million») stabil. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist sie rasant auf 410 ppm per Anfang 2020 angestiegen.
- Dieser Anstieg korreliert mit dem Verbrauch fossiler Brennstoffe durch menschliche Aktivitäten, die seit 1850 fast 1,5 Billionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt haben.
- Die Klimawissenschaft, die meteorologischen Beobachtungen und die Paläoklimatologie haben unser Verständnis der Funktionsweise des Erdklimas, insbesondere der Auswirkungen von Treibhausgasen, erheblich verbessert. Sie haben die Entwicklung von Klimamodellen ermöglicht, mit denen die zukünftige Entwicklung des Erdklimas zuverlässig vorhergesagt werden kann.
- Mit den CO₂-Emissionsraten, die aus der fortgesetzten Nutzung fossiler Brennstoffe resultieren, kann die Erwärmung des Erdklimas Werte erreichen, die das Fortbestehen eines grossen Teils der Ökosysteme und damit das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten und auch der Menschheit gefährden.
- Die menschlichen Gesellschaften werden durch den Anstieg der Temperaturen, die steigenden Meeresspiegel, die zunehmend wegen Hitze unbewohnbaren Gebiete sowie die immer häufigeren und stärkeren Extremwetterereignisse (Stürme, Hitzewellen, Dürren usw.) stark in Mitleidenschaft gezogen. Diese Ereignisse werden dramatische Auswirkungen auf die für die Menschheit unabdingbaren Ressourcen (landwirtschaftliche Produktion, Wald- und Meeresressourcen usw.) und damit auf ihr Überleben haben.

2. Sie handeln auf der Grundlage der Bibel, im Kampf gegen die globale Erwärmung insbesondere nach den folgenden Prinzipien:

- Gott hat die Erde den Menschen anvertraut, damit sie sich um sie kümmern. Das Klima ist ein Teil davon. Unsere Gottesbeziehung drückt sich daher auch in dieser Verantwortung aus.
- Gott offenbart sich in seinen Werken und freut sich über seine Geschöpfe. Unsere Antwort besteht daher auch darin, das zu respektieren, was Gott geschaffen hat. Die vom Menschen verursachte globale Erwärmung gefährdet viele Gleichgewichte auf der Erde. Wer Gott liebt, muss handeln.
- Gottes Liebe zur Schöpfung offenbart sich im Kommen, Leben, Sterben und der Auferstehung Jesu Christi. Er hat nicht nur die Menschen mit Gott versöhnt, sondern das gesamte Universum. In seiner Nachfolge sind auch Christinnen und Christen gefordert, nicht nur ihre Nächsten so zu lieben, wie er selbst sie geliebt hat, sondern auch alle Geschöpfe und die ganze Schöpfung. Sie sollten keinen persönlichen und kollektiven Lebensstil wählen, der die Lebensqualität ihrer Nachkommen gefährdet.
- In den biblischen Texten wird immer wieder das Motiv der Gerechtigkeit aufgenommen. Die globale Erwärmung wird hauptsächlich von den Reichsten verursacht und trifft die Ärmsten. Deshalb sind Christinnen und Christen aufgerufen, für mehr Klimagerechtigkeit zu kämpfen.
- Gott hat sich entschlossen, in seiner Schöpfung zu wohnen. Christinnen und Christen glauben, dass das Reich Gottes hier in dieser Welt beginnt, dass es kein Reich der Zerstörung ist, sondern der Gerechtigkeit, des Friedens und der Versöhnung. Die Menschen sind dazu aufgerufen, mit ihrem Leben und Handeln am Reich Gottes mitzubauen.

3. Sie ziehen daraus die folgenden Schlussfolgerungen:

- Die Klimaprognosen verlangen, dass die Menschheit fossile Energieträger so schnell wie möglich aufgibt, um den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre zu stoppen und es anschliessend zu senken.
- Dieses Handeln ist aus ethischer Sicht zwingend, weil das Überleben vieler unserer Nachkommen sowie der meisten Tier- und Pflanzenarten auf dem Spiel steht.

- Die Kirchen, der Leib Christi auf Erden, tragen eine besondere Verantwortung für die Schöpfung, deren integraler Bestandteil sie sind. Durch die Evangelien werden Christinnen und Christen aufgerufen, das Reich Gottes hier auf Erden zu leben, indem sie sich für den Schutz der Erde und aller Geschöpfe einsetzen, und ihre Nächsten zu lieben.
- Die Kirchen haben die Pflicht, sich entschlossen beim Kampf gegen die globale Erwärmung zu engagieren, sowohl in Worten (Bestätigung der Dringlichkeit und der notwendigen Massnahmen) als auch in Taten.

4. Sie ermutigen Kirchen, christliche Gemeinschaften und ihre Mitglieder, auf ihrer Ebene konkret zu handeln, indem sie:

- Lebensentscheidungen treffen, die zur Reduktion der eigenen CO₂-Emissionen beitragen.
- Die Konsummuster verändern und Waren bevorzugen, die im Einklang mit Mensch und Umwelt sowie auf der Basis erneuerbarer oder rezyklierter Ressourcen produziert werden.
- Ein Leben führen, das auf mehr Gerechtigkeit für Menschen aus armen Regionen ausgerichtet ist, welche ein besseres Leben anstreben, aber auch die ersten Opfer der globalen Erwärmung sind.
- Politische Entscheidungen unterstützen, welche die Abkehr von fossilen Energieträgern und den Übergang zu erneuerbaren Energien in ausreichender Menge für alle fördern.

Kontakt:



Daniela Baumann
Kommunikation SEA &
Koordination AKU
info@sea-aku.ch /
www.sea-aku.ch



Steve Tanner
Président A Rocha Suisse
steve.tanner@arocha.org

Klimakrise und Rohstoffhandel – die Schweiz steht vor einem Berg der Verantwortung

Schweizer Konzerne tragen vor allem über ihre Aktivitäten im Ausland massgeblich zum Ausstoss von Treibhausgasen und somit zur Klimaerhitzung bei. Der Handel mit fossilen Energieträgern, vor allem der besonders klimaschädlichen Kohle, steht dabei an erster Stelle. Doch die Schweizer Rohstoffhändler und die Politik stehen sich aus der globalen Verantwortung.

Für die Erreichung der Klimaziele auferlegt das Pariser Klimaabkommen von 2015 allen Vertragsstaaten, also auch der Schweiz, «gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten [...] angesichts ihrer unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten». Der Grundsatz der Gerechtigkeit steht am Anfang des Abkommens und fordert alle Staaten auf, dort anzusetzen, wo sie die Klimakrise am effektivsten bekämpfen können.

Trotz ihrer geringen Bevölkerung und Fläche zählt die Schweiz proportional zu den grössten Verursachern von klimaschädlichen Treibhausgasen. Zum einen stösst sie durch inländischen Konsum sehr viele Emissionen aus (Import von Konsumgütern, sogenannte graue Emissionen), die nicht im Schweizer CO₂-Budget eingerechnet sind. Zum anderen erhöhen indirekte Emissionen von Schweizer Unternehmen, die in ihren Wertschöpfungsketten entstehen, die Treibhausgaslast der Schweiz massiv.

Einer neuen Studie zufolge hat die Schweiz viel höhere CO₂-Emissionen als bislang angenommen. So hat sie zumindest einen indirekten Einfluss auf 2 bis 3 Prozent des weltweiten Ausstosses, ist also vergleichbar mit Brasilien, Japan oder Indonesien. Schweizer Konzerne tragen über ihre Geschäftstätigkeiten im Ausland massgeblich zu den globalen Emissionen und damit zur Klimakrise bei. Allein die direkt kontrollierte und importbedingte Treibhausgaslast von international tätigen Unter-

nehmen mit Sitz in der Schweiz entspricht dem 7- bis 10-Fachen des Inlandausstosses, wobei die Emissionen der Wertschöpfungskette darin noch nicht enthalten sind.¹

Zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerhitzung wird das Verursacherprinzip angewandt: Jene, die am stärksten zur Klimakrise beitragen, haben auch am meisten für die entstandenen Schäden und Kosten der Anpassungsmassnahmen aufzukommen. Akteure wie frühindustrialisierte Staaten, multinationale Unternehmen, die fossile Industrie sowie die reichsten 10 % der Bevölkerung weltweit sind für die Mehrheit der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Schweiz steht deshalb bei den Verursachern ganz vorne: Denn Teil des 'Geschäftsmodells Schweiz' war und ist es, die negativen Folgen unseres Wohlstands ins Ausland auszulagern.

Schweizer Klimagerechtigkeit bedeutet, den Rohstoffhandel zur Verantwortung zu ziehen

Beispielhaft illustrieren lässt sich das am globalen Handel mit klimaschädlichen Rohstoffen, der zu einem grossen Teil über die Schweiz erfolgt. Der Rohstoffhandelsplatz ist ein wesentlicher Wirtschaftssektor und trug 2021 mit 8 % des Bruttoinlandprodukts fast so viel bei wie der Bankenplatz. Die Rekordgewinne der Händler während der Krisen in den letzten Jahren haben diesen Anteil deutlich ansteigen lassen.

Unsere Recherchen zeigen: Hiesige Firmen sind für 40% des weltweiten Handels mit Kohle, dem mit Abstand dreckigsten aller Energieträger, verantwortlich. Die Kohle hat in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt und ist heute so gefragt wie nie – auch aufgrund der hohen Gaspreise. Die Schweizer Rohstoffhändler machen damit Rekordgewinne. Und dies, obwohl 2021 an der Weltklimakonferenz in Glasgow der Ausstieg aus der Kohle beschlossen wurde. Eine Entscheidung, die auch von der Schweiz mitgetragen wurde.

In der dafür notwendigen Regulierung des Kohlehandels sind Parlament und Bundesrat bis jetzt dennoch tatenlos geblieben. Die Schweiz hat sich mit dieser Branche neben menschenrechtlichen Risiken auch einen Rucksack mit ökologischen Risiken angeschnallt, gerade im Hinblick auf die sich ankündigende Klimakatastrophe. Die gute Nachricht: Die Schweiz kann dadurch auch viel größeren Einfluss auf dieses Problem nehmen, als sie oft annimmt oder glauben möchte. Bisher hat die Politik aber keinerlei Bemühungen unternommen, um dem florierenden Geschäft der Kohlehändler den Riegel zu schieben und so ihrer Verpflichtung in Bezug auf diesen CO₂-Treiber nachzukommen.

Klimagerechtigkeit bedeutet auch, die Rolle transnationaler Konzerne als Verursacher der Klimakrise politisch anzuerkennen und ihre Verantwortung einzufordern. Für den weltweiten Handel mit Kohle heisst das, mehr Transparenz zu schaffen über diese Branche, verbindliche Ausstiegspläne

einzufordern und deren Umsetzung zu überwachen, sowie verbindliche Vorgaben zu machen, damit sich die Rohstoffhändler an Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen im Globalen Süden beteiligen. Also genau dort, wo jene Rohstoffe herkommen, an denen sich die Schweizer Unternehmen eine goldene Nase verdienen.

Die Folgen dieser politischen Fahr- und Nachlässigkeit zeigen sich nun auch in der Klimakrise.

Public Eye arbeitet seit über zehn Jahren zum Schweizer Rohstoffhandelsplatz. Wir sehen, wie die Unternehmen die fehlende Transparenz und Regulierung ausnutzen und Riesenprofite auf Kosten der Länder im Globalen Süden und benachteiligter Bevölkerungsgruppen einfahren.

Klimagerechtigkeit bedeutet, dort anzusetzen, wo sich die Klimakrise wirksam bekämpfen lässt. Für die Schweiz also insbesondere auch beim weltweiten Handel mit Rohstoffen in Genf, Zug und Lugano. Und zuallererst beim besonders klimaschädlichen Geschäft mit der Kohle. Mit ihrer Stellung im Kohlehandel hat die Schweiz einen klimapolitischen Hebel und eine globale Verantwortung, die bislang nicht zum Tragen gekommen sind. Das muss sich schnell und zwingend ändern.

1. Studie Klimastandort Schweiz, Juli 2022, McKinsey im Auftrag vom WWF und Economiesuisse, <https://www.mckinsey.com/ch/our-insights/klimastandort-schweiz> (abgerufen am 26.09.2022)



Kontakt:

Robert Bachmann
zum Thema Rohstoffhandel
044 277 79 22 / robert.
bachmann@publiceye.ch

www.publiceye.ch



Kontakt:

Elisabeth Schenk
zum Thema Klimagerechtigkeit
044 277 79 08
elisabeth.schenk@publiceye.ch

www.publiceye.ch

Gesellschaft für bedrohte Völker

Unterstützung für Indigene und traditionell lebende Gemeinschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unterstützt indigene und traditionell lebende Gemeinschaften in der Arktis und dem brasilianischen Amazonas im Kampf um ihren Lebensraum und Selbstbestimmung. Gemeinsam mit unseren indigenen Partnerorganisationen bringen wir die Relevanz der Klimagerechtigkeit in die Debatten um die Bewältigung der Klimakrise ein. Auch der Entstehung eines «grünen Kolonialismus» wollen wir vorbeugen: Die dringend nötige Umstellung auf erneuerbare, klimafreundlichere Energiequellen bedarf einer ganzheitlichen Betrachtung, die neben den ökologischen Faktoren auch die sozialen einbezieht.

Indigene und traditionell lebende Gemeinschaften leiden nicht nur unter den gravierenden Auswirkungen der vom globalen Norden angetriebenen Klimakrise, sondern auch unter der zunehmenden industriellen Ausbeutung fossiler Energien und weiterer natürlicher Ressourcen sowie zunehmenden Agrarflächen. Phänomene, die häufig ihrerseits für die Klimakrise verantwortlich sind.

Klimagerechtigkeit

Während in der Arktis die menschengemachten Klimaveränderungen besonders dramatisch und sichtbar sind², steigt auch der Druck auf den Amazonas als fundamentalen Regulator des weltweiten Klimas stetig³. Debatten um die industrielle Erschließung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Amazonas und der Arktis sind im Hinblick auf die Klimakrise zentral. Sie müssen aber auch spezifisch aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeit geführt werden. Denn die Klimaveränderungen werden durch eine Lebensweise und Industrialisierung herbeigeführt, die indigene und traditionell lebende Gemeinschaften weitestgehend ablehnen und bekämpfen. Dieser Widerstand wird oftmals gewaltvoll unterdrückt⁴. Zudem sind die indigenen und traditionell lebenden Gemeinschaften von den verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf ihre ökologisch sensiblen Lebensräume überproportional betroffen:

«Es gab Male, da haben wir angebaut und es gab nur wenig zu ernten, aufgrund der geringen Regenfälle. Ich glaube das liegt an der massiven Abholzung. Was sie [die Agrarindustrie und Goldsucher] der Natur antun, ist gewaltsam. Und das hat zu dem geführt, was hier bei mir passiert, zu diesem Ungleichgewicht. Nicht nur hier, ich glaube die ganze Welt ist dabei, in dieses Ungleichgewicht zu fallen.»

– Sara, Mitglied einer traditionell lebenden Fischergemeinschaft im Tapajós (PA), Amazonas

Aus einem Blickwinkel der Klimagerechtigkeit fällt zudem auf: Nicht selten werden Infrastrukturprojekte oder Agrar-Investitionen als vermeintlich «grün» und klimafreundlich vermarktet. Ökonomische Rentabilität und klimaschützende Vorteile neuer Infrastrukturen (bspw. einen vergleichsweise tiefen CO₂-Ausstoß) werden hervorgehoben, während soziale anderer und ökologische Konsequenzen als der CO₂-Ausstoß ausgeklammert werden. Dies zeigen die folgenden drei Beispiele.

Beispiel Ferrogrão

Das geplante Eisenbahnprojekt EF-170, genannt Ferrogrão, soll die Sojaproduktion im Zentrum Brasiliens mit den Häfen des Amazonas verbinden. Die Strecke von fast 1000 km führt durch Schutz-

gebiete und würde den Lebensraum indigener Gemeinschaften massiv beeinträchtigen. Für die Umsetzung müssten riesige Waldflächen zerstört und die Industrialisierung der Region vergrößert werden. Bei der Bewerbung des Projekts für internationale Investoren im letzten Jahr wurde das Projekt als positiver Beitrag zum Klimaschutz verkauft, weil von der Strasse auf Schienen umgestellt und somit CO₂ eingespart würde.

Beispiel Fosen Vind

In Mittelnorwegen werden die rentierzüchtenden Sami durch den Bau von Teilprojekten des norwegischen Windprojekts «Fosen Vind» existentiell bedroht. Seit Beginn des Projekts war ersichtlich, dass die auf Rentierweideland geplante Windanlage die Lebensgrundlage und die Kultur der betroffenen Sami massiv tangiert. Die Verletzung der international garantierten Rechte der lokalen Sami Gemeinschaft wurde im Oktober 2021 vom höchsten norwegischen Gericht bestätigt und Teilanlagen des Projekts als illegal erklärt. Dies, weil die Anlagen das kulturelle Leben der lokalen Sami stark gefährden. Trotz Feststellung der Illegalität ist der Windpark in Storheia heute noch immer in Betrieb.

«Indigenous peoples must deal with the dramatic consequences of climate change. At the same time, as indigenous peoples are exposed to the unfair costs of climate change, it is necessary that right and just measures are taken to prevent this from happening. If this does not succeed, indigenous peoples will be further marginalized and displaced.»

– Aili Keskitalo, ehem. Präsidentin des norwegischen Sami-Parlamentes am Swiss Economy Symposium 2021

Beispiel Nornickel

Im Mai 2020 liefen in Nord-Sibirien 21.000 Tonnen Diesel aus einem defekten Tank von Nornickel, dem weltgrössten Produzenten von Palladium und Nickel, in die Tundra aus, was zur kompletten Verschmutzung der umliegenden Gewässer führte⁵. Die Geschäftspraktiken von Nornickel sind gekennzeichnet durch eine katastrophale Vernachlässigung der Infrastruktur, illegale Entsorgung von Giftmüll sowie die Missachtung von Sicherheits-, Umwelts- und Menschenrechtsstandards⁶.

Was die GfbV tut

- Befähigung indigener Gemeinschaften im Amazonas zur Einforderung deren Rechte durch Workshops zu Politik und Recht

- Unterstützung russischer indigener Aktivist:innen bei deren Klage gegen den Nickel-Konzern Nornickel
- Sensibilisierung des Schweizer Finanzsektors über die Auswirkungen von vermeintlich nachhaltigen Finanzierungen und das Recht auf frei, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) und Bekämpfung falscher Lösungen und des Greenwashings.

Was die GfbV fordert

- Anerkennung und Gewährleistung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) der betroffenen indigenen Gemeinschaften bei der Planung und Umsetzung von Projekten – auch wenn es um die «grüne Wende geht»
- Nutzung des FPIC als Massstab für die Bewältigung von Risiken an der Schnittstelle zwischen Umwelt- und Sozialrisiken, um zu vermeiden, dass das Eine auf Kosten des Anderen geht
- Einhaltung eines Mindestmasses an Schutzmassnahmen zur Vermeidung sozialer Schäden, wenn Projekte als «grün» und «nachhaltig» beworben werden.
- Gewährleistung, dass Vereinbarungen über den Vorteilsausgleich zwischen allen betroffenen Parteien ausgehandelt werden (benefit-sharing)

-
2. World Ocean Review: The pathways of heat, 2019, verfügbar unter: <https://worldoceanreview.com/en/wor-6/climate-change-impacts-in-the-polar-regions/the-pathways-of-heat/>
 3. Der Amazonas macht 10% der Biomasse des Planeten aus und speichert 90 bis 140 Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Quelle: Por que a Amazônia é vital para o mundo? | Natureza | G1 (globo.com)
 4. 2009 bis 2019 haben Morde an indigenen Umweltschützer:innen in Brasilien um 22 Prozent zugenommen. Quelle: <https://www.dw.com/pt-br/assassinatos-de-ind%C3%ADgenas-no-brasil-crescem-22-em-umad%C3%A9cada/a-59045753>
 5. Záboji, Niklas: Russlands Skandalkonzern verschmutzt die Umwelt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2020, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/russlands-skandal-konzern-nornickel-verschmutzt-die-umwelt-16861315.html>
 6. Záboji, Niklas: Russlands Skandalkonzern verschmutzt die Umwelt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2020, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/russlands-skandal-konzern-nornickel-verschmutzt-die-umwelt-16861315.html>



Kontakt:

Julia Büsser
Leiterin Amazonas-Programm

julia.buesser@gfbv.ch
031 939 00 13
www.gfbv.ch

Grüner Fisch

Klimagerechtigkeit – eine Herzensangelegenheit



Der Grüne Fisch ist ein Verein von Christinnen und Christen mit einem Herz für alle Menschen und alles Leben auf dieser Welt. Wir stellen fest: Der jetzige Ressourcenverbrauch der Menschheit ist nicht nachhaltig, er ist ungerecht verteilt, und die Klimakrise verstärkt diese Ungerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns für Klimagerechtigkeit ein.

Zweck

Basierend auf christlichen Werten setzt sich der Verein Grüner Fisch für die nachhaltige Nutzung und die gerechte Verteilung natürlicher Ressourcen ein.

Ziele

Der Grüne Fisch fördert den verantwortungsvollen Umgang mit Gottes Schöpfung und setzt sich für die von der Klimakrise betroffenen Menschen und für eine weltweit gerechtere Verteilung der natürlichen Ressourcen ein. Die Motivation für dieses Engagement wurde im folgenden Handlungsauftrag ausformuliert: <https://handlungsauftrag-klimanotstand.ch/>

Umsetzung

Zum Erreichen dieser Ziele sensibilisiert der Grüne Fisch Privatpersonen und Kirchgemeinden in der Schweiz auf Nachhaltigkeitsthemen, und er unterstützt ökologische Hilfsprojekte in Entwicklungsländern.

Der Grüne Fisch betreut Einzelpersonen und Kirchgemeinden, die einen verantwortungsvollen und gerechten Lebensstil im Umgang mit natürlichen Ressourcen anstreben. Er sensibilisiert die Öffentlichkeit dafür, dass ein Energie- und CO₂-intensiver Lebensstil nicht nachhaltig und anderen Menschen gegenüber ungerecht ist. Der Grüne Fisch zeigt gangbare Alternativen zur Klimakrise und Energiekrise auf und macht Mut für eine nachhaltige Zukunft. Das Fernziel ist eine gerechte Netto-Null-Gesellschaft und der Erhalt der natürlichen Artenvielfalt.

Der Grüne Fisch unterstützt – durch Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Projektberatung und Vermitteln von Kontakten – Projekte in Entwicklungsländern (gegenwärtig insb. Nepal und Äthiopien), die einen messbaren ökologischen Nutzen haben und die Lebensgrundlage der Bevölkerung verbessern. Den Projekten ist gemein: Eine quantifizierbare CO₂-Reduktion, der Einsatz von leicht anwendbarer, angepasster Technologie und die Ausbildung der lokalen Bevölkerung, um einen längerfristigen Multiplikationseffekt zu erzielen.



Webseite:
www.gruenerfisch.ch

Mail:
info@gruenerfisch.ch

Kontakt:
Anna Mariani



Webseite:
www.gruenerfisch.ch

Mail:
info@gruenerfisch.ch

Kontakt:
André Galli



oeku

Kirchen für die Umwelt

Klimagerechtigkeit ist für die oeku ein wichtiges Anliegen. Damit Kirchen klimapolitisch glaubwürdig werden, ist die oeku Zertifizierungsstelle für das Umweltlabel Grüner Güggel und bildet kirchliche Umweltberatende aus. Sie führt zudem die Aktion SchöpfungsZeit durch und äussert sich aus theologisch-ethischer Sicht zu Klimafragen.

Die oeku bietet insbesondere

- mit dem Kursangebot «Energie in Kirchen» Fachwissen für das angepasste Heizen in Kirchen für Sigristen, Sakristane und Bauverantwortliche,
- seit 2015 das Umweltmanagement Grüner Güggel für Kirchgemeinden und Pfarreien an. Indem kirchliche Institutionen das Umweltmanagement umsetzen, reduzieren sie die Umweltbelastung und sparen Energie als Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit,
- mit jährlichen Unterlagen für das Feiern der SchöpfungsZeit hilft die oeku, das Bewusstsein für die Bewahrung der Schöpfung und den Klimaschutz in Pfarreien und Kirchgemeinden zu schärfen: www.schoepfungszeit.ch

Grüner Güggel

Das Umweltmanagementsystem Grüner Güggel hilft Kirchgemeinden und kirchlichen Institutionen, ihre Umweltauswirkungen zu erfassen und zu reduzieren. Gemeinsam festgelegte Ziele führen zu stetigen Verbesserungen. Die Schwerpunkte entsprechen den Möglichkeiten und Prioritäten der Kirchgemeinde: Eine Gemeinde kann beim Sparen von Energie und Wasser, bei der Umgebungsgestaltung, bei der Förderung der Vielfalt von einheimischen Pflanzen und Tieren auf dem Kirchenareal, beim Einkauf von umweltgerechten Produkten oder bei der Abfalltrennung Akzente setzen.

Durchläuft eine Kirchgemeinde das vorgegebene 10-Punkte-Programm und lässt sie ihr Umweltmanagement von einer qualifizierten Fachperson begutachten, erhält sie von der oeku das Zertifikat Grüner Güggel.

Die Umweltarbeit motiviert neue Gemeindemitglieder zum Mitmachen und die Kirchgemeinde macht durch ihren Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung positiv von sich reden. Neben zusätzlichen Kosten für die Erarbeitung und Einführung des Zertifikats sind längerfristig auch Einsparungen wahrscheinlich, denn der Verbrauch von Heizenergie, Wasser und Papier wird reduziert.

Seit der Einführung des Grünen Güggels in der Schweiz im Jahr 2015 haben sich 53 Kirchgemeinden und kirchliche Institutionen das Zertifikat erarbeitet (Stand September 2022).

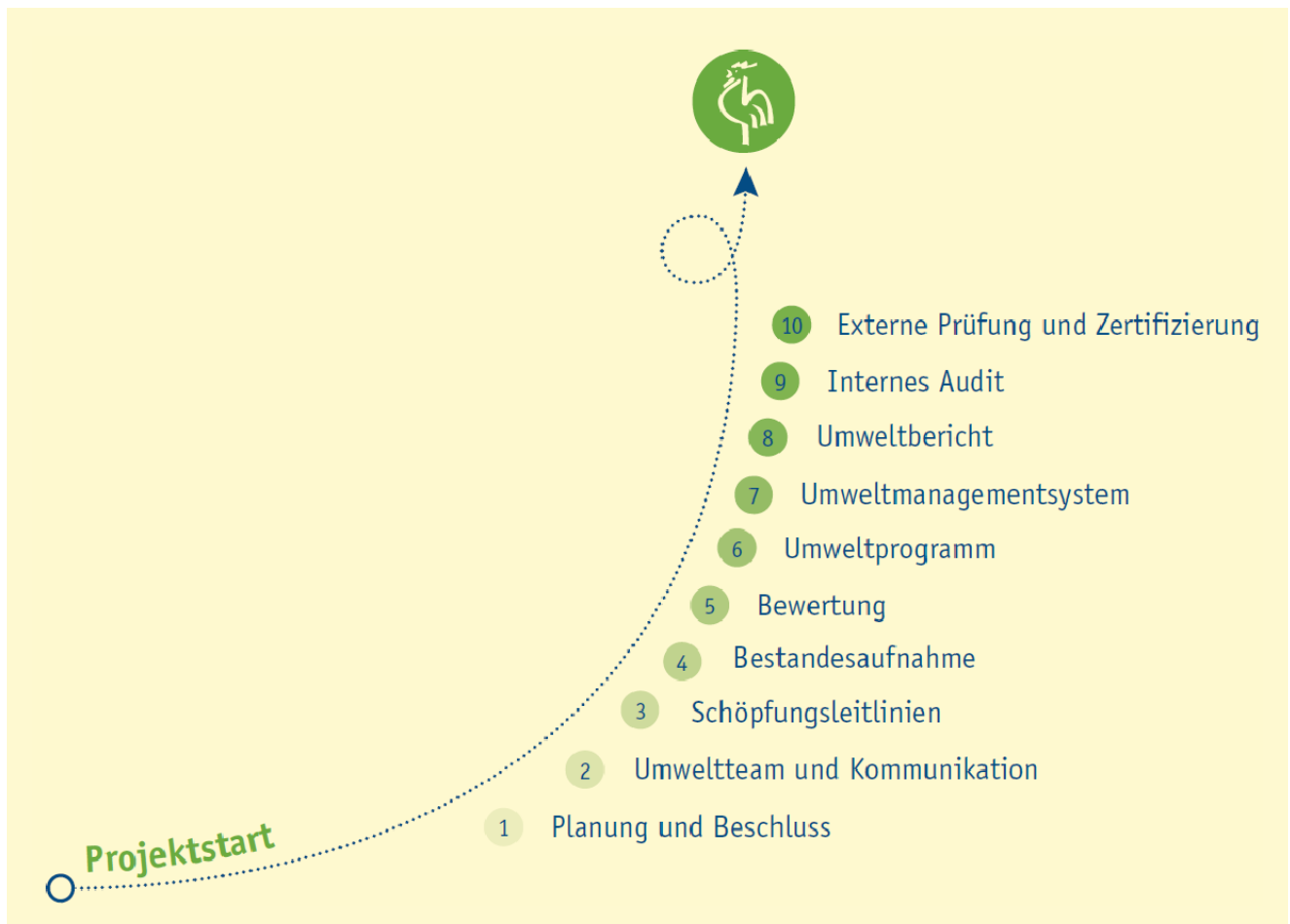


Kontakt:

Kurt Zaugg-Ott
oeku Kirchen für die
Umwelt, Bern

Tel. 031 398 23 45
zaugg-ott@oeku.ch

www.oeku.ch
www.gruener-queggel.ch
www.schoepfungszeit.ch



StopArmut

Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.



StopArmut, die Sensibilisierungskampagne vom Dachverband Interaction zeigt, dass Armut und Ungerechtigkeit erst dann beseitigt werden, wenn auch wir unseren Lebensstil hinterfragen und uns hier in der Schweiz für gerechtere politische und wirtschaftliche Strukturen einsetzen.

StopArmut, die Sensibilisierungskampagne vom Dachverband Interaction zeigt, dass Armut und Ungerechtigkeit erst dann beseitigt werden, wenn auch wir unseren Lebensstil hinterfragen und uns hier in der Schweiz für gerechtere politische und wirtschaftliche Strukturen einsetzen.

StopArmut sensibilisiert dafür besonders Christ:innen und Kirchen in der Schweiz und ruft dazu auf, sich als Ausdruck gelebter Nächstenliebe für eine gerechtere und barmherzigere Welt einzusetzen. Als christliche Bewegung trägt StopArmut dazu bei, dass die 17 UN Nachhaltigkeitsziele Wirklichkeit werden und die globale Armut bis 2030 überwunden wird.

Bezug zum Thema Klimagerechtigkeit

Gerechtigkeit ist ein Kernthema der Bibel, über 3000 Bibelstellen zeugen davon. Der Klimawandel ist eine Bedrohung für die Lebensgrundlage vieler Menschen, wobei Menschen in ärmeren Regionen der Welt stärker betroffen, jedoch weniger dafür verantwortlich sind. Es versteht sich daher von selbst, dass Klimagerechtigkeit seit Jahren ein Thema ist, wofür sich StopArmut einsetzt und u.a. 2018 als Thema der Konferenz gesetzt hat.

2021 war StopArmut zudem beteiligt am [Handlungsaufwurf Klimanotstand aus christlicher Sicht](#).

• Hinschauen



Welt



Bibel



Nachhaltige
Entwicklung

• Handeln



Leben



Beten



Geben



Mitbestimmen



Multiplizieren

Unsere Projekte



Eco Church Network

Eco Church Network ist eine Lernplattform für Kirchgemeinden. Anhand einer Online-Selbsteinschätzung können fünf verschiedene Bereiche der Kirchgemeinde bewertet werden. Anhand dieser Selbsteinschätzung kann herausgefunden werden, welchen Stellenwert ökologische Fragen, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit in der Kirchgemeinde haben. Die zahlreichen Merkblätter geben der Kirchgemeinde konkrete Hilfestellung an die Hand. Eco Church Network bietet einen leichten Zugang zu einer komplexen Thematik, der die ganze Kirchgemeinde in einen Prozess führt und ihr hilft, sich selbst zu hinterfragen. www.ecochurch.ch

Just People-Kurs

Der Just People-Kurs stellt sich den grossen globalen Fragen unserer Zeit! Er lässt die Zusammenhänge des heutigen Weltgeschehens besser verstehen und lädt dazu ein, Gott als Schöpfer und die Weite unserer Gestaltungsmöglichkeiten zu entdecken und feiern.

StopArmut Konferenz

Die jährlich stattfindende Konferenz ist für Menschen, die ein Anliegen für Gerechtigkeit und globale Nächstenliebe haben und dies in ihre Kirchen und in die Gesellschaft tragen wollen.

Sonntag für unsere Nächsten

Der Sonntag für unsere Nächsten gibt den Themen Gerechtigkeit und Armut Raum in Gottesdiensten verschiedener Kirchen der Schweiz – an einem Sonntag im Jahr. Für interessierte Kirchen wird jeweils zum Jahresthema ein Dossier entwickelt, mit Elementen wie Predigtskizzen, Liedern, Gebeten, Kinder- und Jugendprogrammen.

Interaction – Unsere Trägerorganisation

StopArmut ist eine Sensibilisierungskampagne von Interaction. Interaction ist ein Dachverband von über 30 christlichen Entwicklungsorganisationen – ein Kompetenzzentrum in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Nothilfe und Sensibilisierung der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA)



Kontakt:

Lukas Gerber
lukas.gerber@stoparmut.ch

www.stoparmut.ch
www.ecochurch.ch
<https://handlungsauf-ruf-kli-manotstand.ch/>

Klimagerechtigkeit durch Kompensation der klimabedingten Schäden

HEKS unterstützt in über 30 Ländern auf vier Kontinenten Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zur Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit und setzt sich für ein Leben in Würde für alle Menschen ein. Gleichzeitig wirkt HEKS mit seiner entwicklungspolitischen Arbeit auf einen systemischen Wandel hin – in der Schweiz und weltweit. HEKS leistet weltweit humanitäre Hilfe für die Opfer von Naturkatastrophen und kriegerischen Konflikten und unterstützt die kirchlich-diakonische Arbeit in Osteuropa und im Nahen Osten.

Schwerpunkte

In seiner Programmarbeit in der Schweiz setzt sich HEKS für die Rechte und Anliegen von Flüchtlingen und sozial benachteiligten Menschen ein. In seinen weltweiten Projekten wie auch bei seiner Sensibilisierungsarbeit zu entwicklungs- und gesellschaftspolitischen Themen in der Schweiz fokussiert HEKS auf die vier Schwerpunkte Klimagerechtigkeit, Recht auf Land und Nahrung, Flucht und Migration sowie Integration.

Kontext

Mit der Klimakrise steigen nicht nur die Temperaturen, sondern auch der Meeresspiegel steigt und Wetterextreme wie Überschwemmungen und Dürren nehmen zu. Die Industrienationen und deren Unternehmen sind die Hauptverursacher der Klimaerwärmung, aber unter den Folgen leiden vor allem die Menschen in armen Ländern im globalen Süden; ihnen werden wegen der Folgen des Klimawandels immer häufiger die Lebensgrundlagen entzogen. Diese Situation ist sehr ungerecht.

Engagement von HEKS und seinen Partnern

Seit Jahren setzt sich HEKS für Klimagerechtigkeit ein. HEKS hilft in vielen Ländern der lokalen Bevölkerung, sich an den Klimawandel anzupassen, beispielsweise mit hitzeresistentem Saatgut und agrarökologischen Anbaumethoden. Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass die Hauptverursacher des Kli-

mawandels in die Verantwortung gezogen werden. Seit 2013 anerkennen UNO-Organisationen wie das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR), dass Schäden, die durch die Klimakrise verursacht werden, kompensiert werden müssen.

Beispiel Indonesien

Für eine solche Kompensation setzen sich HEKS und seine Partner ein. In Indonesien arbeitet HEKS seit 10 Jahren mit der grössten indonesischen Umweltorganisation WALHI. In diesem Land gibt es Tausende von Inseln und Küstengebiete, die vom steigenden Meeresspiegel betroffen sind. WALHI setzt sich für eine Kompensation der Schäden ein, die die Betroffenen der Klimakrise erleiden müssen.

Deshalb unterstützen WALHI, das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) und HEKS das rechtliche Verfahren der vier indonesischen Fischer:innen aus der Insel Pari gegen Holcim. Auf dieser Insel beschädigen Überflutungen Häuser, Strassen und andere Infrastrukturen. Diese immer stärkere und heftige Überschwemmungen sind eine Folge des steigenden Meeresspiegels. Werden die globalen CO₂-Emissionen nicht rasch reduziert, dürften die Insel Pari sowie weite Teile von Indonesien in spätestens 30 Jahren unter Wasser stehen.



Mehr Informationen:
<https://callforclimatejustice.org/de/appell/#sign>

Positionspapier von HEKS
zu Klimagerechtigkeit:
www.heks.ch/themen/klimagerechtigkeit/

Webseite:
www.heks.ch



Kontakt:

Yvan Maillard Ardent
Verantwortlicher
Klimagerechtigkeit

Mail:
yvan.maillard@heks.ch

Klimagerechtigkeit – auch beim Essen und der Landwirtschaft ist die Schweiz gefragt

Die Auswirkung der Klimakrise auf Armut, Migration und Hunger ist gross. Laut dem neuesten Klimabericht der UNO leben weltweit 3.6 Milliarden Menschen in Gegenden, die sehr stark vom Klimawandel bedroht sind⁷. Am hilflosesten und gleichzeitig am stärksten betroffen sind die Ärmsten in Entwicklungsländern.

Dies weil sie häufig in besonders exponierten Gebieten leben und keinen Zugang haben zu Infrastruktur und Dienstleistungen, die für eine Anpassung an den Klimawandel zwingend sind⁸. Zudem ist in Entwicklungsländern die Abhängigkeit der Menschen von natürlichen Ressourcen gross – die Landwirtschaft ist zentrale Lebensgrundlage. Landwirtschaft zu betreiben, wird aber in Zukunft schwieriger, da die Wetterverhältnisse kaum mehr vorhersehbar sind und Dürre und Flutkatastrophen, neuartige Schädlinge und Pflanzenkrankheiten den Anbau und die Ernten vernichten.

Frauen und Mädchen leiden besonders unter den Folgen des Klimawandels, da sie im Zugang zu Land, Bildung, Geldmitteln und neuen Technologien sowie bei der politischen und gesellschaftlichen Mitsprache gegenüber den Männern benachteiligt werden. So ist beispielsweise das Risiko an den Folgen von Klimakatastrophen zu sterben für Frauen deutlich höher als für Männer.⁹

Als Verursacherin von über einem Drittel aller Treibhausgasemissionen muss die Land- und Ernährungswirtschaft stärker in den Fokus der Klimadebatte rücken und dringend auf Alternativen zum industriellen Modell gesetzt werden. Eine agrarökologisch ausgerichtete Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten. Sie produziert nicht auf Teufel komm raus immer mehr Nahrungsmittel, wofür Wälder gerodet, in intensiven Tierhaltungen Methan und Lachgas emittiert werden und Düngemittel, die viel CO₂ Emissionen produzieren, benötigt werden. Sie setzt auf genug lokale, saisonale, ökologisch verträgliche Nahrung für alle.

SWISSAID fordert Klimagerechtigkeit, das heisst, dass die Industrieländer keine Treibhausgasemissionen mehr produzieren und gleichzeitig den verwundbarsten Ländern helfen, die Folgen bereits eingetretener und künftiger Katastrophen in Schach zu halten. Dazu braucht es auch agrarökologische, nachhaltige Ernährungssysteme.

Die Forderungen von SWISSAID:

Vor der eigenen Haustür wischen:

- Emissionsbilanz von Netto-Null bis 2040¹⁰: Weil sich die Treibhausgase in der Atmosphäre seit Jahrzehnten akkumulieren, muss der Ausstieg aus den fossilen Energien so früh als möglich stattfinden, um die Folgen zu bremsen. Netto-Null muss in der Schweiz bis 2040 vollzogen sein und den Landwirtschaftssektor einbeziehen. Dabei müssen nebst den inländischen Emissionen auch die grauen, durch den Import anfallenden und indirekten, durch Unternehmen im Ausland verursachten Emissionen mitgezählt werden¹¹.
- Agrarökologisch bewirtschaftete Ernährungssysteme stossen weniger THG-Emissionen aus und binden Kohlenstoff (CO₂) in humusreichen Böden – eine doppelt positive Klimawirkung¹². SWISSAID setzt sich deshalb für eine konsequente Förderung der Agrarökologie ein.
- Auch politisch zur Agrarökologie stehen: Wir fordern, dass sich die Schweiz an den Klimaverhandlungen für Agrarökologie und klimafreundliche Nahrungsproduktion einsetzt.
- Klimafreundlicher Konsum: Wir müssen in der Schweiz Massnahmen zu einer Verringerung des

Konsums tierischer Produkte und zur Förderung des Konsums ökologischer, saisonaler und regionaler Nahrungsmittel einleiten.

- Feed no food: Tiere sollen auf Flächen gehalten werden, wo keine Nahrungsmittel produziert werden können für die örtliche Bevölkerung. Kraftfutterimporte aus dem Ausland stoppen.

Solidarität üben:

- Das Pariser Abkommen ehrlich einhalten: Die Schweiz soll ihrer Verpflichtung nachkommen und jährlich mindestens 1 Milliarde Franken für Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen in Entwicklungsländern aus zusätzlichen und neuen Quellen aufbringen.
- Frauenförderung als Strategie gegen die Klimakrise: In vielen Ländern tragen Frauen und Mädchen die Verantwortung, den Haushalt mit Energie und Wasser zu versorgen. Sie sind es auch mehrheitlich, die die Felder bestellen und für die Ernährung der Familie zuständig sind. Damit leiden Frauen besonders unter den Folgen des Klimawandels. Um Lösungen im Umgang mit der Klimakrise zu finden, ist deshalb der direkte Einbezug und die Mitbestimmung der Frauen auf allen Ebenen der Klimadebatte sowie die Förderung ihrer Rechte an Land, Wasser und Bildung von grosser Bedeutung.



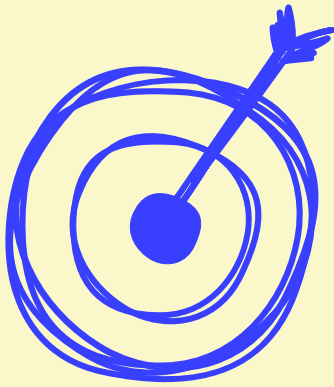
7. IPCC, 2022: Summary for Policymakers, Cambridge University Press, Cambridge, UK & New York, NY, USA, pp. 3–33; https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf
8. IPCC 2019: Climate Change and Land. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/08/Edited-SPM_Approved_Microsite_FINAL.pdf
9. IPCC, 2014: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf.
10. Mit dem von der Schweiz unterzeichneten Übereinkommen von Paris verpflichten sich die Staaten die globale Erwärmung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Zur Erreichung dieser Ziele müssen die Nettoemissionen der Länder möglichst rasch auf null gesenkt werden. Der Weltklimarat IPCC zeigt dies unmissverständlich; https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf
11. <https://www.swissaid.ch/de/nestle-stoesst-fast-halb-soviel-klimagase-aus-wie-die-gesamte-schweiz>
12. <https://www.4p1000.org/>



Kontakt:

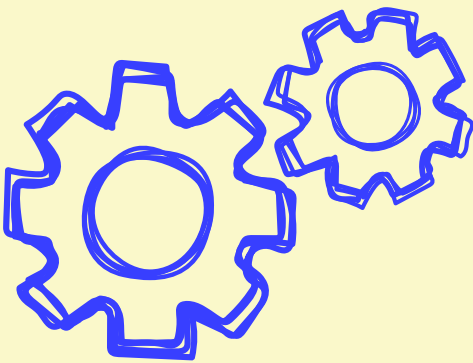
Sonja Tschirren
Verantwortliche Dossier
Klima und ökologische
Landwirtschaft

s.tschirren@swissaid.ch
031 350 53 53



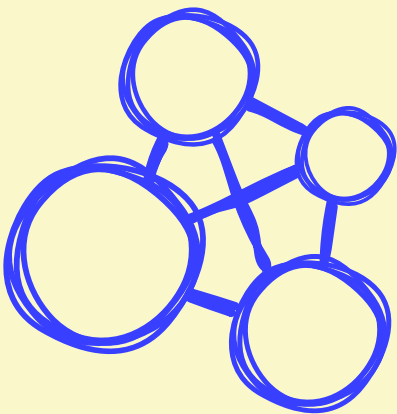
Unsere Ziele

Wir unterstützen eine ehrgeizige, faire und nachhaltige Klimapolitik für die Schweiz, die auf wissenschaftlichen Ergebnissen basiert und sich verpflichtet, die Ziele der internationalen Klimaabkommen umzusetzen.



Unser Antrieb

Das Klima ist systemrelevant. Wir setzen uns für den Erhalt der Lebensgrundlagen ein – für die Menschen in der Schweiz wie im globalen Süden. Wir stehen ein für die Erhaltung der Biodiversität.



Unser Einsatz

Unsere Mitglieds- und Partnerorganisationen decken unter anderem die Bereiche Umwelt, Entwicklung, Kirchen, Jugend, Gewerkschaften und Konsumentenschutz ab. Wir setzen unsere Breite und Diversität für gemeinsame Projekte ein.



Unsere Aufgabe

Als breites Bündnis der Zivilgesellschaft setzen wir uns für die Vernetzung und den Austausch der Klima-Aktiven ein. Als Drehscheibe der Klimabewegung suchen und nutzen wir Synergien zwischen unterschiedlichen Strategien.

oeku | œco
Kirchen für die Umwelt | Eglises pour l'environnement

HEKS
Brot für alle.

Public Eye

SWISSAID

Fastenaktion
Gemeinsam Hunger beenden

GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

Grüner Fisch

HELVETAS

STOP
ARMUT

AKU
Arbeitsgemeinschaft
Klima, Energie und Umwelt

Innerhalb der Klima-Allianz spannen Organisationen in Arbeitsgruppen zusammen, um zu spezifischen Klimathemen zu arbeiten. Die Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit bearbeitet Nord-Süd-Fragen sowie die Rolle und Verantwortung der Schweiz. Die Gruppe besteht seit 2021.

Die Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit der Klima-Allianz setzt sich aus den folgenden Organisationen zusammen: Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt, Ärzte für Umweltschutz, Fastenaktion, Grüner Fisch, Helvetas, HEKS, oeku Kirchen für die Umwelt, Public Eye, StopArmut & Swissaid.

